

Kommentare. Berichte. Analysen.

BDS.

www.bds-dgv.de

Juni 2020

Der Selbständige

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen e.V.



Christian Lindner:
**Beschränkungen
durch klare
Vorgaben
ersetzen**



BranchenLösungen
leben.

Branchen im Fokus.

Betriebliche Altersversorgung – individuelle Lösungen für Ihre Branche im Fokus.

Sie sind Arbeitgeber?

Und wollen Ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung anbieten, die sowohl die Belange Ihrer Branche berücksichtigt als auch attraktiv ausgestaltet ist? Dann entscheiden Sie sich für die Allianz. Gestalten Sie mit uns gemeinsam den perfekten Rahmen für die Vorsorge Ihrer Mitarbeiter.

Sie sind Arbeitnehmer?

Und wollen eine attraktive Betriebsrente? Eines steht fest: Mit der Allianz an Ihrer Seite haben Sie einen starken Partner, der Sie beim Aufbau Ihrer individuellen Altersvorsorge gemeinsam mit Ihrem Arbeitgeber unterstützt.



Alle Vorteile unter:
business.allianz.de/branchenloesungen



Corona-Krise sorgt für noch mehr Zombie-Unternehmen

von Frank Schäffler MdB

Deutschlands Volkswirtschaft ist im Gegensatz zum öffentlichen Bild nicht stark, allenfalls im Vergleich zu Italien oder Frankreich. Unsere Unternehmen haben zu wenig Eigenkapital – und diese Schwäche wird sich jetzt verschärfen. Es werden noch mehr Zombieunternehmen entstehen und an den Tropf der EZB gehängt.

Die Corona-Pandemie offenbart aktuell die Schwäche des Standortes Deutschland. Das mag auf den ersten Blick verwundern, meinen doch viele, wir kämen aktuell gut durch die Krise. Das mag im Vergleich zu Italien oder Frankreich vielleicht sein. Doch dies sollte nicht unser Maßstab sein. Italien und Frankreich sind bereits geschwächt in die Corona-Krise gegangen. Den Eindruck, den die Bundesregierung aktuell vermittelt, ist, dass wir aus einer starken Position in die Krise geraten sind.

Gesamtstaatliche Überschüsse, eine öffentliche Verschuldung von rund 60 Prozent zur Wirtschaftsleistung und eine niedrige Arbeitslosenzahl sind die Assets, die hier genannt werden.

Doch wenn man auf die am Wirtschaftsleben beteiligten Unternehmen schaut, dann haben viele von ihnen zwar ein Liquiditätsproblem, aber viel grundsätzlicher ist ihr Solvenzproblem. Sie haben also zu wenig Eigenkapital. Daher sind die Kredite der KfW und der Förderbanken der Länder zwar hilfreich, um aktuell die Liquidität zu sichern. Die Überschuldung, weil das Eigenkapital zu gering ist, verhindern diese Kredite jedoch nicht. Unternehmen mit weniger als 10 Mitarbeiter haben aktuell eine Eigenkapitalquote von 23 Prozent. Gerade bei diesen kleinen Unternehmen hat sich diese in den letzten 10 Jahren fast nicht verbessert. Im Baubereich liegt sie ebenfalls nur bei 25 Prozent. Selbst im Mittelstand und in der Wirtschaft insgesamt sind nicht einmal ein Drittel des Kapitals Eigenkapital.

Dies hat mit dem Steuerrecht und mit der Geldpolitik zugleich zu tun. Das Steuerrecht fördert nicht etwa die Eigenkapitalbil-



Frank Schäffler

ist Mitglied der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag und hat sich in der Vergangenheit als Euro-Rebell einen Namen gemacht

dung in guten Zeiten, sondern diskriminiert sie zu Gunsten von Fremdkapital. Investitionen werden schon aus steuerlichen Gründen gerne fremdfinanziert, weil die Zinsen niedrig sind und zusätzlich noch als Betriebsausgaben berücksichtigt werden können. Der Einsatz von Eigenkapital ist dagegen teuer, weil dieser meist aus versteuerten Gewinnen gebildet werden muss und zusätzlich Investitionen, die aus Eigenkapital finanziert werden, nicht beim Betriebsausgabenabzug berücksichtigt werden dürfen. Und noch viel verheerender für die Solvenz der Unternehmen ist das aktuelle geldpolitische Umfeld mit den Null- und Negativzinsen der Notenbanken. Nicht für die Zombieunternehmen, die schon vor der Corona-Krise durch die Zinspolitik der EZB am Leben gehalten wurden. Für diese

eigentlich überschuldeten Unternehmen (und Staaten) wird die EZB-Zinspolitik ja aktuell auch gemacht. Doch der Preis, das merken wir jetzt, ist sehr hoch. Es werden noch mehr Zombieunternehmen entstehen und an den Tropf der EZB gehängt.

Die Null- und Negativzinsen schaden den eigentlich gesunden und solventen Unternehmen. Sie wurden in den letzten Jahren verleitet und verführt, ihre Eigenkapitalquote zu Gunsten einer besseren Eigenkapitalrendite zu reduzieren. Denn wenn das Eigenkapital im Verhältnis zum Jahresüberschuss reduziert wird, dann lohnt sich in „normalen“ Zeiten der Ersatz des Eigenkapitals durch Fremdkapital. Doch kommen Krisen, wie jetzt die Corona-Krise, dann halten auch eigentlich gesunde Unternehmen diesen Shutdown nicht lange durch, weil sie in guten Zeiten nicht ausreichend vorgesorgt haben.

Gerade deshalb ist es notwendig, den Blick künftig auf eine verbesserte Eigenkapitalkultur zu richten. Sie würde Unternehmen und Bürger unabhängiger von konjunkturellen Schwankungen machen. Und deshalb war und ist die Kritik an der EZB und ihrer Geldpolitik so richtig und notwendig. Eigentlich sollte kluge Geldpolitik das Gesunde stärken und normale Marktprozesse nicht verhindern.

Jetzt ist guter Rat sehr teuer. Gut wäre, wenn die Regierung nicht einbehaltene Gewinne von Unternehmen besteuern würde, sondern erst bei ihrer Ausschüttung. Das würde die Selbstfinanzierungskräfte von Unternehmen stärken und ihre Abhängigkeit von Banken und Staat reduzieren. Wer glaubt, der Staat könne die Lücke, die wirtschaftlich aktuell entstanden ist und die sicherlich noch sehr viel größer wird, durch Transfers ausgleichen, der glaubt auch, dass die wirtschaftliche Erholung durch immer mehr Schulden und noch billigeres Geld zu erreichen ist. Die meisten großen Wirtschaftskrisen der letzten 150 Jahre haben freilich gezeigt, dass das Gegenteil der Fall ist. ■

Nach Corona wird vieles anders sein, aber nicht alles ganz anders

von Dr. Hugo Müller-Vogg

Das Corona-Virus kostet unzählige Menschen das Leben, hinterlässt bei vielen gesundheitliche Schäden, stürzt die Weltwirtschaft in eine schwere Rezession. Doch nicht wenige Propheten und Visionäre sehen in der Krise die ganz große Chance auf ein Zurückdrehen der angeblich so schädlichen Globalisierung, auf eine grundlegende Verbesserung unseres Gesundheitssystems, auf ein humaneres Wirtschaften, kurz „auf die Chance auf eine bessere Welt“, wie der „Spiegel“ kürzlich auf seinem Titel verkündete. Noch weiß niemand, wie lange die Pandemie unser Leben beeinflusst. Von der Zeit „nach Corona“ wird man erst sprechen können, wenn es einen Impfstoff oder zumindest ein wirksames Medikament gegen Covid-19 in ausreichender Menge gibt. Natürlich wird die Welt dann nicht mehr dieselbe sein wie noch am Jahreswechsel 2019/2020, als wir Corona weitgehend als ein lösbares chinesisches Problem ansahen. Aber wird das Leben grundsätzlich anders verlaufen?

Da sind Zweifel angebracht, wie der Blick auf zurückliegende einschneidende Ereignisse zeigt. Hatte es nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 nicht geheißen, diese würden die Welt grundlegend verändern? Oder war nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima im Jahr 2011 nicht der weltweite Verzicht auf Kernkraft gefordert und prognostiziert worden? Richtig ist: Die Sicherheitsstandards im Flugverkehr sind nach „9/11“ verschärft worden, was dessen kräftige Ausweitung aber nicht behindert hat. Auch sind nach Fukushima tatsächlich Kernkraftwerke stillgelegt worden, vor allem in Deutschland; aber weltweit sind viel mehr in Betrieb genommen worden. Es spricht also vieles dafür, dass sich auch dieses Mal nichts alles grundlegend ändern wird.

Ein spürbarer Digitalisierungsschub

Für die nachhaltigste Veränderung sorgt Corona sicherlich bei der Digitalisierung. Im Homeoffice entdeckt mancher bisher ungeahnte Möglichkeiten der Kommunikation, in den Schulen ersetzt das iPad die Tafel, Enkel bringen Großeltern bei, dass man sich per Skype unterhalten und sehen kann. Das alles ist aber keine Corona-bedingte IT-Revolution. Vielmehr wird unter Druck be-



Foto:
Laurence Chaperon

Der ehemalige FAZ-Herausgeber **Dr. Hugo Müller-Vogg** ist einer der bekanntesten Publizisten Deutschlands und bestimmt durch Bücher und Kommentare zu Politik und Wirtschaft immer wieder die öffentliche Debatte. Er ist unter anderem gefragter Gesprächspartner der Nachrichtensender *n-tv*, *Welt24* und *Phoenix*.

schleunigt, was ohnehin zu erwarten war. Das gilt insbesondere für die Schulen und große Teile des öffentlichen Dienstes.

Kein Zurück zur wirtschaftlichen Autarkie

Die plötzliche Unterbrechung weltumspannender Lieferketten hat zweierlei deutlich gemacht: den hohen Grad der internationalen Verflechtung unserer Wirtschaft und ebenso ihre Störanfälligkeit. Das wird zu Änderungen führen. Unternehmen werden wieder größere Lager einrichten und sich nicht darauf verlassen, dass alles „just in ti-

me“ per Flugzeug oder Lkw zu bekommen ist. An die Stelle eines Lieferanten aus Fernost werden vielleicht mehrere Bezugsquellen in unterschiedlichen Regionen treten. Was allerdings keine Garantie für eine störungsfreie Versorgung mit Vorprodukten oder Bauteilen ist, wenn etwa eine andere Pandemie mehrere europäische Staaten lahmlegt.

Die internationale Arbeitsteilung wird keinesfalls durch die wirtschaftliche Autarkie von Nationalstaaten ersetzt werden. Dies wäre mit erheblichen Wohlstandsverlusten gerade in den Entwicklungs- und Schwellenländern verbunden – und mit deutlich höheren Kosten am Standort Deutschland. Auch „nach Corona“ wird es Controller geben, die auf Kosten achten, weil die Unternehmen darauf achten müssen. Wer einer De-Globalisierung das Wort redet, übersieht außerdem einen ganz praktischen Aspekt. Wir hätten in Deutschland gar nicht genug Arbeitskräfte, um etwa Textilien oder Komponenten für Autos und Maschinen ausschließlich hierzulande zu fertigen. Und eine expansive Zuwanderung von Arbeitskräften würde andere Schwierigkeiten – und Kosten – mit sich bringen.

Im Gesundheitswesen bleiben Kosten ein Faktor

Es könnte sein, dass sich bisher unbekannte Viren künftig häufiger in aller Welt verbreiten. Das legt eine Intensivierung der Forschung ebenso nahe wie einen Ausbau medizinischer Kapazitäten. Sicherlich wird die Produktion von Arzneimitteln teilweise neu organisiert. Deutschland ist längst nicht mehr die Apotheke der Welt. Unsere Pharmaunternehmen beziehen lebenswichtige Wirkstoffe fast ausschließlich aus Fernost. Das ist nicht nur die Folge von unternehmerischem Gewinnstreben, sondern auch von politischen Vorgaben. Der Druck der Kran-

kenkassen, die Preise für Medikamente zu dämpfen, hat die Verlagerung der Produktion nach Indien oder China befördert.

Nach den Corona-Erfahrungen liegt es nahe, bestimmte Medikamente wieder im eigenen Land herzustellen und Vorräte anzulegen. Das werden die Unternehmen nur tun, wenn der Staat beziehungsweise die Krankenkassen sich an der Finanzierung beteiligen. Letzten Endes wird eine „neue“ Gesundheitspolitik für die Steuer- und Beitragszahler teurer. Dabei spielt es keine Rolle, ob es neben staatlichen weiterhin private Kliniken geben darf. Die Kosten bleiben auch in Zukunft ein wichtiger Faktor im Gesundheitssystem. Und je schneller die Erinnerungen an die Coronakrise verblassen, umso wichtiger wird dieser Faktor wieder werden.

Der Staat wird auch künftig nicht der bessere Unternehmer sein

Die Krise ist nicht nur die Stunde der Exekutive; der Staat ist plötzlich der entscheidende „Player“. Das kann gar nicht anders sein. Rettungsschirme lassen sich nicht privatwirtschaftlich organisieren. Kredite in schwindelerregenden Höhen können nur Staat und Notenbanken verbürgen. Joschka Fischer schließt für die Zeit nach der Krise daraus: „Der Vorsorgestaat wird seine Führung in allen strategischen Fragen gegenüber der Wirtschaft beanspruchen und auch durchsetzen.“

Nein, das wird er nicht. Denn der Staat muss in den nächsten Jahrzehnten erst einmal versuchen, die zusätzlichen Schulden abzubauen, die er jetzt – aus guten Gründen – anhäuft. Fischers Vorsorgestaat wird gar nicht die Mittel haben, um die Produktion im großen Stil durch finanzielle Anreize zu lenken, etwa in Richtung eines ökologischen Umbaus. Natürlich kann der Staat auf administrativem Weg durchsetzen, was er für richtig hält. Aber dazu müsste er unsere staatlich regulierte und kontrollierte marktwirtschaftliche Ordnung in eine staatlich gelenkte Planwirtschaft umwandeln – mit entsprechenden negativen Folgen für die Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit. Denn der Staat war noch nie der bessere Unternehmer – und wird es auch „nach Corona“ nicht sein.

Das Homeoffice ist nicht das Paradies

Arbeitnehmer und Unternehmer haben auf die vielfältigen Beschränkungen seit Mitte März flexibel und kreativ reagiert. Das Homeoffice ist für viele Berufstätige zum neuen Arbeitsplatz geworden. Das macht uns in

Zukunft noch lange nicht zu einem Volk von Heimarbeitern. Schon deshalb nicht, weil sich am heimischen Wohnzimmer- oder Küchentisch nichts produzieren, nicht reparieren und auch keine Supermarktkasse bedienen lässt. Was aber viel wichtiger ist: Team-Arbeit per Bildschirm kann keine Dauerlösung sein, jedenfalls keine produktive. Ganz abgesehen davon, dass viele Arbeitnehmer den Kontakt zu ihren Kollegen vermissen, wenn sie diese allenfalls noch sporadisch treffen.

Im Übrigen empfiehlt es sich beim Blick nach vorn zwischen Ausnahmesituationen und dem Regelfall zu unterscheiden. Videokonferenzen sind hilfreich, wenn ein persönliches Treffen nicht möglich ist. Gut möglich, dass wir in Zukunft bisweilen eine kurze Konferenz per Video abhalten und so die Zeit für die An- und Abfahrten ersparen. Gleichwohl kann der Dialog per Bildschirm die persönliche Begegnung auf Dauer nicht ersetzen. Nach sechs Wochen Lockdown kennen sich die Beteiligten noch persönlich. Schwieriger wird es, wenn neue Gesprächspartner und Kollegen dazukommen, bei denen man nicht jede beiläufige Bemerkung einzuordnen weiß. Es wird also auch „nach Corona“ wieder sehr viele Meetings und Besprechungen mit physisch Anwesenden geben. Denn für direkte Kontakte gibt es keinen adäquaten Ersatz, weil man beispielsweise auch die Körpersprache seines Gegenübers wahrnehmen muss, um ihn richtig einschätzen zu können.

Mit Auto, Bahn und Flugzeug ...

Aus grün-ideologischer Sicht mag die Aussicht verlockend sein, dass die zwangsweise „geerdeten“ Flugzeugflotten in Zukunft nur noch ganz selten abheben dürfen. Realistisch ist diese Hoffnung oder Annahme freilich nicht. Die Menschen hat es schon immer und zu allen Zeiten in die Ferne gezogen – aus wirtschaftlichen Gründen, um andere zu treffen, oder schlicht aus der Lust an der Entdeckung unbekannter Gegenden und Länder. Deshalb werden die Flugzeuge bald wieder eine wichtige Rolle spielen. Wobei nicht auszuschließen ist, dass die Sicherheitskontrolle um einen Gesundheits-Schnell-Check erweitert wird. Das würden die Passagiere halb verständnisvoll, halb murrend ebenso hinnehmen, wie sie die verschärften Sicherheitsmaßnahmen nach „9/11“ akzeptiert haben. (Das muss ja nicht überall so schlecht organisiert sein wie im Flughafen Berlin-Tegel.)

Natürlich werden viele Unternehmen – wie nach jeder Rezession – zunächst einmal versuchen, an den Flug- und Reisekosten zu sparen. So etwas hält aber nie lange an. Sobald die Wirtschaft wieder auf Normaltouren läuft, wird wieder kräftig gereist werden – mit allem was rollt und fliegt.

Der alte Adam bleibt „nach Corona“ derselbe

Um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie abzumildern, ist der Staat mehr gefordert denn je. Das verlockt viele links-grüne Politiker, Publizisten und Propheten, grundlegende Veränderungen anzukündigen – Klimarettung auf Kosten wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, einen kräftigen Ausbau der ohnehin opulenten Sozial- und Transferleistungen, eine noch höhere Subventionierung der Kultur, mehr staatliche Eingriffe auf allen Ebenen. Finanziert werden soll das durch höhere Steuern und Abgaben, also durch noch mehr Umverteilung. Die „bessere Welt“ soll eine grüne Republik sein, bevölkert von Menschen mit neuem Bewusstsein, finanziert von den „Reichen“, jedenfalls von denen, die Deutschland nicht fluchtartig verlassen.

Doch lassen sich wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten nicht ausheben, wie alle Experimente mit „neuen“ Wirtschaftsordnungen gezeigt haben. Das Prinzip „Von nichts kommt nichts“ ist immun gegen jeden Virus. Vor allem aber wird es keinen neuen Menschen geben. Der alte Adam bleibt nach Corona derselbe. Dieser Durchschnittsbürger ist kein eiskalter Profitmaximierer, doch legt er Wert darauf, dass sein Einsatz und seine Arbeit sich materiell auszahlen – und zwar für ihn. Er ist weder ideologisch noch extremistisch festgelegt, sondern denkt bei politischen Entscheidungen ganz pragmatisch zuerst an deren Auswirkungen für sich und seine Familie. Er ist kein reinrassiger Egoist, aber solidarisch verhält er sich eher gegenüber Personen, die ihm nahestehen, als gegenüber irgendwelchen sozialen Gruppen. Er macht sich schon Gedanken über die Zukunft, aber die Probleme der Gegenwart und deren Lösung liegen ihm mehr am Herzen. Er ist nicht sonderlich an Parteiprogrammen und Zukunftsentwürfen interessiert, sondern will vor allem eines: vernünftig und effizient regiert werden. Der deutsche Normalbürger wird „nach Corona“ kein anderer sein als noch zu Beginn des Jahres 2020. Deshalb sei die Prognose gewagt: „Nach Corona“ wird vieles etwas anders sein, aber nicht alles ganz anders. ■

www.hugo-mueller-vogg.de

Unerwartetes Lebenszeichen aus dem liberalen Kellergewölbe

von Klaus Kelle

Zur Jahresmitte habe ich eine wirklich gute Nachricht für Sie alle: die FDP lebt noch. Ich hatte Wochen, ja ganze Monate den Eindruck, dass es keine liberale Partei mehr im Deutschen Bundestag gibt. Doch dann kam Christian Lindner, trat ans vorher desinfierte Rednerpult und sprach Klartext. Klartext, ja wirklich.

Zwar habe man bisher die Maßnahmen der Merkel-Administration mitgetragen, bekannte er, aber nun sei einige Zeit vergangen und alle wüsten mehr über das Covid-19-Virus und seine Gefährlichkeit. Lindner weiter wörtlich: „Und weil die Zweifel gewachsen sind, Frau Bundeskanzlerin, endet heute auch die große Einmütigkeit in der Frage des Krisenmanagements.“ Bamm! Endlich.

Nach der AfD, deren Frontmann Alexander Gauland den ersten Aufschlag in der Debatte machte, haben sich nun auch die Freien Demokraten entschieden, ihre Aufgabe als Oppositionspartei ernstzunehmen. Endlich, möchte ich als bürgerlicher Verzweiflungswähler noch mal wiederholen, der in den vergangenen zehn Jahren oft seine Kreuze auf dem Stimmzettel bei den Liberalen platziert hat. Um es dann schon ein, zwei Tage später bitter zu bereuen. Na gut, ich bin auch nicht FDP-Überzeugungswähler und deshalb nicht Lindners Kernzielgruppe. Ich kenne ihn aus seiner Zeit im Düsseldorfer Landtag, und ich finde ihn durchaus smart. Seine Kampagne zur Bundestagswahl

2017 sollte internationale PR-Awards kassieren ohne Ende. Aber die FDP will Bürgerrechte auch für Kriminelle, ich will eine effektive Polizei. Die FDP will sexuelle Vielfalt, ich bin katholisch. Die FDP will am Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk festhalten (warum eigentlich?), ich halte die Anstalten für verzichtbar. Die FDP wendet sich an die Jungen, ich bin alt, wenigstens ein bisschen.

Und trotzdem wähle ich sie oft. Weil sie für die Freiheit steht, für weniger Staat, weniger Bürokratie. Für kleine und mittlere Unternehmen, für Handwerker, Ladenbesitzer, Ärzte, Steuerberater und Golfspieler. Ich bin auch Handwerker, mein Handwerk ist recherchieren und formulieren. Und für Freiheit, für eine offene Gesellschaft, für Bürgerrechte stehe ich auch. Aber kommt da endlich noch mehr? Lindner sagte im Bundestag, es müsse darüber gesprochen werden, „wie wir Gesundheit und Frei-

heit besser vereinbaren“. Ja, da hat er recht. Aber wie geht es weiter? Was passiert nächste Woche? Einmal der Kanzlerin im Bundestag die Versäumnisse vorhalten, das ist gut. Aber es reicht nicht.

Und wer soll es denn sonst machen? Die Grünen fallen als Rechtsstaatspartei komplett aus. Ihr Chef Robert Habeck kommt als Model beim Photoshooting noch ganz passabel rüber – wie Lindner auch – aber inhaltlich ist das nullkommanullkommanull. Etwa wenn er den von Pleite bedrohten Gastwirten allen Ernstes empfiehlt, ihre geschlossenen Lokale jetzt mal umweltgerecht umzubauen. Oder wenn er im

Fernsehinterview nicht weiß, dass die Pendlerpauschale auch für Bahnfahrer gilt. Den Mann als Kanzler? Die grüne Verbotsparterie als Wahrerin der Freiheitsrechte? Herzlichen Glückwunsch, Deutschland!

Dieses Land braucht eine starke liberale Stimme, das sage ich als einer, der eher konservativ tickt, aber auch das bei weitem nicht allumfassend. Und selbst wenn sie mich demnächst wieder enttäuscht und ich sie nicht wähle, finde ich gut, dass es sie gibt. Aber ein bisschen mehr Power, ein bisschen Grundsätzliches und weniger nur an der Oberfläche kratzen wie jetzt – das wäre sehr schön für uns alle. ■

Klaus Kelle

ist regelmäßiger Kolumnist bei FOCUS ONLINE und selbstständiger Medienunternehmer. Der gelernte Journalist hat in 30 Jahren Berufstätigkeit u. a. für Medienhäuser wie Axel Springer und Gruner & Jahr gearbeitet.
www.kellecom.de



Lockerungen von Corona-Auflagen sind keine Geschenke

von Thomas Brüggemann

In einem kürzlichen Diskussionsbeitrag für das „Handelsblatt“ warnte der nordrhein-westfälische Verfassungsrichter Claudio Nedden-Boeger vor einer aktuellen „Verdrehung“ juristischer Maßstäbe. Dabei geht es um die mit den „Coronaschutzverordnungen“ verbundenen Einschränkungen für Bürger und Wirtschaft. Während große Teile der Politik, allen voran Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), über (nach Ansicht von immer mehr Bürgern allfällige) „Lockerungen“ einzelner Auflagen entscheiden wollen, erinnert der Verfassungsrichter daran, dass regelmäßig nicht über die Aufhebung dieser manches Grundrecht beschneidenden Regularien zu befinden wäre, sondern stets über deren Beibehaltung!

Mit anderen Worten: Nicht „Lockerungen“ bedürfen einer sorgfältigen Beratung und Einigkeit, sondern die Aufrechterhaltung der Grundrechte beschneidenden Maßnahmen!

Von Merkel gerne als „alternativlos“ dargestellte Entscheidungen – wie die Grenzöffnungen von 2015 oder die „Weisung“, eine Thüringer Ministerpräsidentenwahl ungeschehen zu machen – erweisen sich vor diesem Hintergrund mehr denn je als verfassungsrechtlich höchst bedenklich. Im „Corona-Fall“ haben laut Nedden-Boeger bereits verschiedene höchste Gerichte weitgehend gleichlautend festgestellt, dass es eine fortwährende Beobachtungs- und Überprüfungspflicht der Ordnungsgeber (das sind im wesentlichen Länder und Kommunen) da-

hingehend gebe, ob und inwieweit an den jeweiligen Einschränkungen festgehalten werden dürfe. Sollten sich dabei einzelne Maßnahmen als nicht mehr erforderlich oder weitgehend nutzlos erweisen, müssten diese nach Auffassung der Gerichte umgehend aufgehoben oder zumindest modifiziert werden.

„Lockerungen“ von „Coronaauflagen“ sind also keine „Geschenke“ an die Bürger (worüber man laut Merkel zudem nicht in „Diskussionsorgien“ verfallen dürfe), sondern stets und nur das Ergebnis einer dem Ordnungsgeber ständig obliegenden

Beobachtungs- und Überprüfungspflicht. Daran sollte man in Berlin und den Landeshauptstädten stets denken und auch den eigenen Sprachgebrauch überprüfen.

Wenn nämlich Politiker oder auch Virologen etc. in öffentlichen Medien von straffen oder eher lockeren „Zügeln“ sprechen, an denen die Bevölkerung zu führen sei, erlaubt dies zugleich wertvolle Einblicke in manches Menschenbild und die dahinterstehenden Charaktereigenschaften! Vielleicht erinnert sich später noch einmal der eine oder andere Wähler daran – es wäre wünschenswert!

Thomas Brüggemann

ist Herausgeber und
Chefredakteur des
Informationsdienstes
„Vertrauliche Mitteilungen“
sowie Vizepräsident des
Bundes der Selbständigen,
Landesverband
Nordrhein-Westfalen



IMPRESSUM

Der Selbständige

ISSN 0946-3224

Offizielles Organ des Bundesverbandes der

Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband

Hrgs: Bundesverband der Selbständigen –

Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin

Telefon (030) 280491-0/Fax -11

Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich),

Anita Schäfer, Friedhelm Ost

Layout & © Titel: Joachim Schäfer

Fotos: Laurence Chaperon, BDS Archiv

Titelfoto: K6 Medien Archiv

Erscheinungsweise: 10 x jährlich

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin

Bezugsbedingungen:

Die Zustellung des E-Papers ist durch den

Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei

Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer

Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.

© by: Bundesverband der Selbständigen

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte,
Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir
keine Gewähr.

Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener
Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen
sowie der gesamten grafischen Gestaltung
bleiben Bundesverband der Selbständigen
und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher
Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an:
Bundesverband der Selbständigen –
Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Internet: www.bds-dgv.de
E-Mail: info@bds-nrw.de

Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue
Rechtschreibung mehrere Schreibweisen
zulässt, wird die von der Dudenredaktion
empfohlene Schreibung angewandt.



Freiheit und zielgerichteten Gesundheitsschutz verbinden

FDP-Frontmann Christian Lindner: Ohne falsche Zögerlichkeit
Beschränkungen durch klare Vorgaben ersetzen

Als die Corona-Epidemie ausbrach, unterstützte die FDP unter Führung von Frontmann Christian Lindner die Politik der Bundesregierung. Inzwischen wird aber der Kurs von Kanzlerin Merkel durch die Liberalen zum Teil heftig attackiert. Der FDP-Fraktionsvorsitzende stört sich vor allem an Merksels Warnung vor „Öffnungsdiskussionsorgien“. Sein Credo: Der Staat muss begründen, warum er die Freiheit seiner Bürger einschränken will – nicht umgekehrt. Da fühle er sich an die „Alternativlosigkeit“ in der Finanzkrise und an die Flüchtlingskrise erinnert, in der die Stimmung bald gekippt sei, wird Lindner im Nachrichtenmagazin Focus zitiert. Deshalb müsse der Sicherheitslogik der Kanzlerin und ihrer Unterstützer durch die Opposition eine kritische und laute Stimme der Freiheit entgegengesetzt werden. Und diese Stimme im demokratischen Spektrum, die die Probleme anspricht, will die FDP sein, wie Christian Lindner in einem Gespräch mit Joachim Schäfer betonte.

? Noch nie waren die Freiheitsrechte in der Bundesrepublik so stark beschränkt wie zur Zeit der Corona-Krise. Der gestaffelte Exit sei „ein nicht nur praktisch naheliegender, sondern auch verfassungsrechtlich gebotener Weg“, schreibt der frühere Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio in der FAZ. Da sich die politischen Entscheider hier vor einer klaren Aussage drücken, ist es nicht naheliegend, dass sich die Freiheitspartei FDP eindeutiger positioniert?

Christian Lindner: Unsere Position war und ist eindeutig: Zu Beginn der Pandemie, die unser Land vollkommen unvorbereitet traf, waren harte Einschränkungen unumgänglich. Die anfänglichen Maßnahmen haben wir im Deutschen Bundestag mitgetragen und sogar initiativ eingefordert, noch bevor die ersten Schulen geschlossen worden waren. Genauso haben wir aber als erste die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Restriktionen und deren negativen Folgewirkungen aufgeworfen. Auch vor dem Hintergrund verschiedener Gerichtsurteile wurde Ende April bereits klar, dass die Verhältnismäßigkeit pauschaler Einschränkungen nicht mehr gegeben und ein Wechsel der Krisenstrategie geboten war. In unserem Verfassungsstaat ist immer derjenige in der Begründungspflicht, der Grundrechte einschränkt – nicht

umgekehrt. Wir haben daher schon früh Vorschläge für eine smarte Öffnungsperspektive vorgelegt, die Freiheit und zielgerichteten Gesundheitsschutz verbindet. Dass die Große Koalition diese Debatte zunächst nicht zulassen wollte, ist problematisch. Die Bundesregierung muss sich einen offenen Diskurs über jegliche Maßnahmen und Entwicklungen in diesen Krisenzeiten zumuten lassen.

? Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Hans-Jürgen Papier geht sogar noch einen Schritt weiter als Di Fabio, indem er die Gefahr einer „Erosion des Rechtsstaats“ sieht, falls die „extremen Eingriffe in die Freiheit aller“ noch lange andauern sollten. Und weiter: „Wenn sich das über eine längere Zeit hinzieht, dann hat der liberale Rechtsstaat abgedankt.“ Das müsste doch bei Ihnen, bei den Spitzenpolitikern Ihrer Partei, alle Alarmglocken läuten lassen...

Christian Lindner: Wir erleben vermutlich die größte Krise seit Jahrzehnten. Es geht um Menschenleben, um das soziale Band unserer Gesellschaft und das Verhältnis der Nationen auf der Welt zueinander. Wir erleben zahlreiche Grundrechtseingriffe und die Wirtschaft steht mit dem Rücken zur Wand. Deswegen haben wir auch mit viel Nachdruck immer wieder Fragen

nach der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen gestellt. Aber unsere Demokratie ist intakt. Wir sind jetzt vorbereitet und haben gelernt, mit dem Virus umzugehen. Es ist daher gut, dass es nun eine Perspektive hin zu einer anderen Krisenstrategie gibt. Und wir werden sehr genau darauf achten, dass diese Wende nun auch umgesetzt wird.

? Gegenüber BILD-live haben Sie kurz vor Ostern die Krisenkommunikation der Bundesregierung scharf kritisiert. Zitat: „Ich habe den Eindruck, die Regierung spricht zu ihrem Souverän – zu den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes – wie zu Kindern, die man im Unklaren lässt, wie es denn nun weitergeht.“ Sehen Sie Ihre Forderung erfüllt, nach der es eine neue Balance zwischen Sicherheit und Freiheit geben muss, oder sehen Sie nach wie vor den „Modus der Alternativlosigkeit“ bei der Bundeskanzlerin?

Christian Lindner: Leider hat sich die Bundeskanzlerin lange einer dringend notwendigen Öffnungsdiskussion verweigert. Das hat uns Zeit gekostet. Es hätten längst Blaupausen für Schutzkonzepte in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens vorliegen können – unverhältnismäßige Einschränkungen wären so vermeidbar gewesen. In der Sache wurde jetzt um Fünf nach Zwölf ein besserer Weg

„Leider hat sich die Bundeskanzlerin lange einer dringend notwendigen Öffnungsdiskussion verweigert.“



eingeschlagen. Mit Hygiene- und Abstandsregeln einerseits und einem differenzierten regionalen Vorgehen andererseits hätten wir schon früher viel Schaden im Gesundheitswesen und in der Wirtschaft verhindern können. Deshalb ist es richtig, ohne falsche Zögerlichkeit alle Beschränkungen durch klare Vorgaben für Hygienekonzepte, Abstandsregeln und den Gesundheitsschutz zu ersetzen.

? Ökonomen rechnen angesichts der Corona-Krise im laufenden Jahr mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 3 bis 6 Prozent. 6 Prozent würden dem Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland infolge der Finanzkrise im Jahr 2009 entsprechen. Halten Sie dieses Horror-Szenario für realistisch?

Christian Lindner: Dieses Szenario ist leider realistisch. Während wir 2009 eine Krise der Finanzwirtschaft erlebt haben, sehen wir uns nun mit einer Krise der Realwirtschaft konfrontiert: Angebot und

„Freiheit, Wohlstand und Gesundheitsschutz durch smarte Konzepte wieder in Einklang bringen.“

Nachfrage fallen aufgrund einbrechender globaler Lieferketten, wegen der starken Restriktionen vor Ort und Ängsten vor Ansteckung zeitgleich aus. Priorität muss deshalb haben, Freiheit, Wohlstand und Gesundheitsschutz durch smarte Konzepte wieder in Einklang zu bringen. Komplette ausfallende Wertschöpfung wird der Staat nicht auf Dauer durch Hilfspakete auf Pump kompensieren können.

? Gleichwohl versprach Wirtschaftsminister Altmaier, im Zuge der Corona-Krise würde kein Arbeitsplatz verloren gehen. Teilen Sie den Optimismus des Wirtschaftsministers?

Christian Lindner: Solche Versprechungen kann eine Regierung in der Marktwirtschaft nicht seriös garantieren. Wir müssen aber alles dafür tun, dass wirtschaftliche Existenzen gesichert werden. Hier erweisen sich die Hilfspakete der Bundesregierung zunehmend als unzureichend und nicht treffsicher genug. Hilfen erreichen die Betriebe

teils nur langsam oder sind bereits erschöpft, weil sie an die falschen Stellen geflossen sind. Für Unternehmen mit 50 bis 250 Beschäftigten besteht noch immer eine enorme Förderlücke. Wir hatten deshalb ein alternatives Konzept entwickelt und auch bereits im Bundestag eingebracht. Für effiziente Soforthilfen sollten wir die Finanzämter als Schnittstelle zwischen Unternehmen und Staat nutzen. Bricht der Umsatz ein, kann auf Basis der ohnehin vorliegenden Steuerbescheide vergangener Geschäftsjahre schnell und unbürokratisch eine entsprechende Liquiditätshilfe als eine Art „negative Gewinnsteuer“ überwiesen werden. Bei der nächsten regulären Steuererklärung wird dann spitz abgerechnet. Dieses Modell ist nicht nur unbürokratischer, sondern würde gerade solche Betriebe berücksichtigen, die in den letzten Jahren gut und vorausschauend gewirtschaftet haben. Gerade unsere mittelständischen Unternehmen haben durch ihren Erfolg Wohlstand und Arbeitsplätze gesi-

chert und waren über Jahrzehnte durch die Zahlung von Steuern und Sozialabgaben solidarisch. Nun müssen sie sich ihrerseits auf die Solidarität der staatlichen Gemeinschaft verlassen können.

? Müssen wir nach Ende der Corona-Krise andere Prioritäten setzen und haben Sie nicht Sorge, dass der Staat einen noch größeren Raum in der Wirtschaftspolitik einnehmen wird als dies bisher schon der Fall ist?

Christian Lindner: In der akuten Krise trägt der Staat viel Verantwortung. Wir brauchen ihn, wenn es zum Beispiel um wirksame Konjunkturpakete und Soforthilfen geht. Allerdings kann eine Krise, die überhaupt erst durch einen zwar berechtigten, aber harten staatlichen Eingriff verursacht worden ist, nicht langfristig durch ein Mehr an Staat gelöst werden. Nach den Infektionsketten werden wir daher auch die staatlichen Interventionsketten wieder durchbrechen müssen. Zum Beispiel ist bei Unternehmen mit einem strategischen Wert wie der Lufthansa eine Rettung durch staatliche Be-

teiligungen eine Möglichkeit. In diesem Fall muss aber sofort die Frage nach dem Exit gestellt werden – Szenarien wie bei der Commerzbank, bei der der Staat seit der Finanzkrise Unternehmensanteile hält, müssen vermieden werden. Zudem dürfen staatliche Beteiligungen im Zuge der Coronakrise nicht dazu führen, dass der Staat auf die Unternehmensentscheidungen Einfluss nimmt. Es wäre ja absurd, wenn der Staat erst eine drohende Insolvenz

Mit
Christian
Lindner
sprach
Joachim
Schäfer

Foto: BDS-Archiv

durch einen Lockdown verursacht und als „Rettung“ die Kontrolle über das betroffene Unternehmen übernimmt. Ich möchte nicht irgendwann in einem Land aufwachen, in dem wesentliche Teile der Wirtschaft teilweise verstaatlicht sind und die Entscheidungen nicht mehr auf Grundlage der Marktwirtschaft und des Wettbewerbs getroffen werden. ■

! Teil 2 des Interviews lesen Sie in der Juli-Ausgabe dieser Zeitschrift



Der Verkauf im Onlinesgeschäft boomt

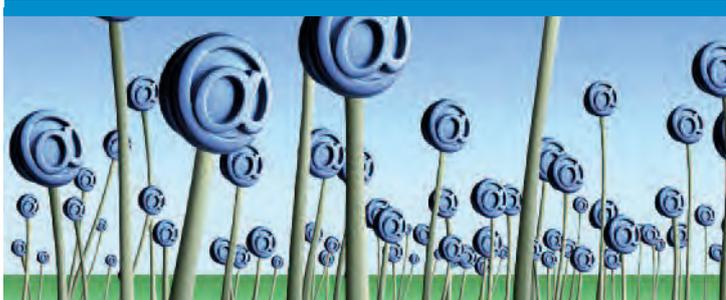
Daher ist das Vermarkten und Verkaufen Ihrer Produkte im Internet unumgänglich. Durch das richtige Gesamtkonzept, passend zum Unternehmen, können Ihre Ansprüche und Bedürfnisse in einem Online-Shop abgedeckt werden.

Auch ein maßgeschneidertes Warenwirtschaftssystem, kann die Produktivität Ihrer Firma steigern. Dies alles natürlich mit Kunden- und Anwenderfreundlichkeit kombiniert.

**So steht Ihrem Erfolg nichts im Wege!
Ihr K6-Team**

ONLINESHOPS

SHOPSYSTEME



MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



● (0231) 2265789
● (0231) 2265788
● info@k6-medien.de

Grafikdesign | Webdesign | Softwarelösungen | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

Gegen Corona-Bonds

Sylvia Pantel: Warum die Folgen der Coronakrise in der Euro-Zone nicht durch gemeinschaftliche Schulden finanziert werden sollten

Wir diskutieren in der Union zurzeit die Ausgestaltung möglicher Hilfspakete für Länder, die besonders von der Corona-Krise betroffen sind. Innerhalb der EU arbeiten wir an einem ausgeglicheneren Hilfsprogramm, das zu keinen nachhaltigen Verzerrungen führen soll. Aus zahlreichen wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Gründen lehnen wir in der CDU Corona-Bonds ab.

Deutschland ist sich seiner Verantwortung in Europa bewusst. Wir profitieren wie jeder Mitgliedsstaat sehr von einem friedlichen integrierten Europa und leisten unseren Beitrag dazu. Eine solidarische Unterstützung in dieser Krise darf aber nicht überstürzt und aktionistisch sein. Wir brauchen zielgerichtete Hilfe und Unterstützung für betroffene Länder, keinen pauschalen und ungenauen Rundumschlag wie Corona-Bonds.

So hat Deutschland unter anderem die intensiv-medizinische Betreuung von einigen Patienten aus besonders überlasteten europäischen Ländern übernommen. Zusätzlich wurden Hilfsgüter und Ärzteteams in Krisengebiete geschickt.

Als größter Garantie- und Kapitalgeber für die europäischen Rettungsschirme Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) sorgt Deutschland für niedrige Zinsen für diese Institutionen. Dabei nehmen wir selbst keine Mittel aus diesen Fonds in Anspruch. Deutschland hat zudem etwa rund 19 Prozent des Kapitals der Europäischen Investitionsbank (EIB) bereitgestellt, empfängt aber selbst weniger als 8 Prozent der Förderkredite. Mit rund 25 Prozent ist Deutschland größter Zahler im EU-Haushalt und es werden ca. 10 Prozent davon wieder in Deutschland ausgegeben. An diesen zielgerichteten Hilfsmaßnahmen leisten wir also schon jetzt einen besonders hohen Anteil.

Corona-Bonds ziehen komplizierte Verhandlungen in rechtlichen Fragen nach sich, zahlreiche Verträge müssten dafür geändert werden, was wertvolle Zeit kostet.



Sylvia Pantel (CDU) ist direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Düsseldorf-Süd

Stattdessen können bereits jetzt die bestehenden Hilfsmaßnahmen der EU genutzt werden. Dazu zählen die Soforthilfe des EU-Haushaltes in Höhe von 37 Mrd. Euro und der ESM. Deutschland würde sich außerdem auch an einer Förderung und Finanzierung eines Europäischen Kurzarbeitergeldes beteiligen.

Corona-Bonds lehnt die CDU/CSU noch aus weiteren Gründen ab. Mit solchen Bonds müsste Deutschland unbegrenzt für die Schulden anderer Staaten haften. Derzeit dürfen aber nur die deutschen Bürger und der Bundestag entscheiden, wofür die deutschen Steuermittel verwendet werden. Außerdem verbietet die sogenannte „No-Bail-Out“-Klausel im EU-Recht die Haftung für Schulden anderer Staaten. Bei den Rettungsschirmen ESM und EFSF ist die Haftung der Mitgliedsstaaten anders als bei Corona-Bonds begrenzt. Jeder Staat haftet entsprechend der Höhe der Garantien, die er gewährt. Deshalb sind die Rettungsschirme anders als Corona-Bonds EU-rechtlich gesichert und solle einen Staat nicht überproportional und unbegrenzt belasten. Treffend formulierte im Bundestag

unser Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus: „Die deutsche Position ist und war: Solidarität ja, aber auf Grundlage der geltenden Verträge. Das schließt Corona-Bonds – auch durch die Hintertür – aus.“

Außerdem weise ich darauf hin, dass Corona-Bonds auch für Staaten, die deutlich verschuldeter sind als Deutschland, keinen günstigen Zugang zu schuldenbasierter Finanzierung bedeuten. Auch Corona-Bonds sorgen für nationale Schulden. Kein Staat kann oder sollte davon ausgehen, dass durch Corona-Bonds neu aufgenommene Schulden später von anderen Staaten getilgt werden. Eine solche Haltung würde auch die Solidargemeinschaft der EU bedrohen. Da die EZB auch weiterhin nationale Anleihen wie die Italiens aufkauft, kann nicht von einem erschwerten Marktzugang bzw. einer erschwerten Neuverschuldung gesprochen werden. Außerdem müsste Deutschland bei einer gemeinsamen Anleihe von ca. 1.000 Mrd. Euro mehr als ein Viertel der Summe zurückzahlen, obwohl es selbst aber kaum Mittel in Anspruch nehmen kann. Diese Vorstufe einer Transferunion ist weder zweckdienlich,

noch stimmt sie mit der Ausrichtung der EU überein. Es würden nicht nur einige wenige Staaten wie Deutschland in der Krise noch zusätzlich belastet, sondern auch der erste Grundstein für eine unerwünschte Transferunion gelegt werden. Auch unterstreiche ich den Satz unseres Fraktionsvizes Carsten Linnemanns, dass man „Solidarität nicht mit Haftungsvergemeinschaftung verwechseln“ dürfe. Die Krise dürfe „kein Vorwand sein, um die letzten Dämme auf dem Weg in die Haftungsunion aus dem Weg zu räumen“. Das gelte „für die EZB genau wie für die EU-Kommission“.

Hilfsmaßnahmen in der Corona-Krise müssen temporär bleiben und dürfen nicht zu einer bleibenden Veränderung von wichtigen Prinzipien der Europäischen Gemeinschaft führen. Wir wollen die EU nicht zu einer Transferunion ausbauen, in der manche Staaten dauerhaft für die Schulden anderer Staaten aufkommen. Das ist nicht solida-

risch, sondern greift die Souveränität der Mitgliedsstaaten an und kann darüber hinaus zu politischen Bewegungen wie dem Brexit führen, die am Ende die ganze EU bedrohen.

Klar ist, dass Maßnahmen weiterhin zweckgebunden sein müssen und an Bedingungen geknüpft werden. Kredithilfen können nur dann vergeben werden, wenn die jeweiligen Staaten alles dafür tun, um künftig selbst unabhängiger von ausländischer Hilfe zu sein.

Corona-Bonds aber wären bedingungslos und es wäre nicht davon auszugehen, dass diese Maßnahmen nur zeitlich begrenzt in Kraft bleiben werden. Auch Carsten Linnemann sähe die „Vorschläge für neue milliardenschwere Umverteilungsinstrumente wie Corona-Bonds kritisch“, bei denen drohe, dass „sie dauerhaft bleiben“. Da einige Staaten bei gemeinsamen Anleihen von der guten Bonität anderer Staaten

profitieren, sind Corona-Bonds für Länder mit schlechterer Bonität deutlich attraktiver. Es wäre daher schwierig, das Volumen der Bonds in Zukunft zu begrenzen, wenn der Weg einmal beschritten wurde und sich manche Staaten an die Vorteile der günstigen Neuverschuldung durch gemeinsame Anleihen gewöhnt haben. Zuletzt könnten die Mittel aus den Bonds auch für Zwecke verwendet werden, die nicht unmittelbar eine Bewältigung der Corona-Krise zum Ziel haben. Eine nationale Klientelpolitik wie bspw. die Zahlung hoher Renten in einzelnen Ländern kann nicht gesamteuropäisch finanziert werden.

Wir haben viele Institutionen in der EU, die direkt Maßnahmen zur Unterstützung von Mitgliedsstaaten in Krisenzeiten leisten können. Wir brauchen daher keine weiteren undurchschaubaren Zuständigkeiten und dürfen keine Verwässerung der Grundprinzipien der EU zulassen. ■

Wollen Sie auf modernere Kommunikationstechnik umsteigen und dabei noch Geld sparen?

Wir helfen Ihnen gerne dabei!

Systemhaus für Telekommunikation

Kanalstraße 47 · 44147 Dortmund
Telefon: 02 31 - 95 01 70 · www.schrader-trojan.de
E-Mail: info-bds@schrader-trojan.de





Wolfgang Kubickis Botschaft an die Mitglieder von BDS und BVMU



Wolfgang Kubicki
Vizepräsident des
Deutschen Bundestages

Wolfgang Kubicki MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Herrn
Joachim Schäfer
BVMU – BDS
Ferdinand-Porsche-Straße 1
59439 Holzwickede

Berlin, 04. Mai 2020

Wolfgang Kubicki MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-75238
Fax: +49 30 227-76764
wolfgang.kubicki@bundestag.de

Sehr geehrter Herr Schäfer,

vielen Dank für Ihre freundliche Nachricht.

Ich kann Ihren Mut machenden Zuspruch gut gebrauchen, denn Sie wissen, die Diskussion der vergangenen Wochen war nicht einfach. Aber Sie wissen sicherlich auch, als Norddeutscher bin ich Sturm gewohnt. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass unsere Grundrechte geschützt und geachtet werden.

Ich wünsche Ihnen, den Mitgliedern der BVMU und des BDS sowie den unzähligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Unternehmen, viel Kraft und Mut für die kommende Zeit. Ich weiß, so schwer war es für Sie in der deutschen Nachkriegsgeschichte noch nie. Ich versichere Ihnen, ich werde alles mir Mögliche tun, damit der ökonomische Schaden so gering wie möglich gehalten werden kann und die schreckliche Unsicherheit der aktuellen Situation so schnell wie möglich – positiv! – beendet wird.

Denn nur wenn wir wissen, unter welchen Kriterien dieser Zustand ein Ende finden soll, können wir uns auf die Zeit danach konzentrieren. Aus dieser Erklärungspflicht lasse ich die Bundesregierung nicht.

Bleiben Sie gesund!

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Kubicki MdB
Vizepräsident



Unsere Premium-Desinfektion mit Hautschutz - hautschonend, extrem wirksam gegen Corona mit IHO-Listung für Lebensmittelbetriebe zu BDS-Sonderkonditionen.

Art.-Nr.	Artikelbezeichnung	Gebinde	Anzahl/VE	Preis/VE	BDS-Rabatt
1211300320	Desmila LSI Händedesinfektion	100ml Kittelflasche	20	96,00 €	20%
1211300333	Desmila LSI Händedesinfektion	500ml Dispenser mit Push&Pull Verschluss	15	137,24 €	20%
1211300180	Desmila LSI Händedesinfektion	500ml Spenderflasche für Eurospender	12	98,90 €	20%
1211300181	Desmila LSI Händedesinfektion	1000ml Spenderflasche für Eurospender	12	171,80 €	20%
1211300316	Desmila LSI Händedesinfektion	5 Liter Kanister	1	64,50 €	20%
1211300182	Desmila LSI Händedesinfektion	10 Liter Kanister	1	119,62 €	20%
1211300329	Tevan Panox Flächendesinfektion	750ml Zerstäuberflasche	6	65,26 €	20%
1211300330	Tevan Panox Flächendesinfektion	1000ml Rundflasche	6	59,00 €	20%
1211300326	Tevan Panox Flächendesinfektion	5 Liter Kanister	1	42,90 €	20%
1211300327	Tevan Panox Flächendesinfektion	10 Liter Kanister	1	76,90 €	20%
1190600222	banio WET Feuchttuchspendereimer	für Desinfektionsmittel weiß ohne Rolle	1	12,90 €	20%
1190600224	Banio WET Vliesrolle premium 60g/m²	lösungsmittelbeständig, fusselfrei, reißfest	6	47,70 €	20%

Geben Sie den Online-Code: **BDS-20Prozent** mehrfach verwendbar im Warenkorb ein.

NICEPRICE
ab **129,90** €/St.
1000ml Tank



Sensortechnik berührungslos

BANIO EXO-Line Sensor-Spender universell für Flüssigdesinfektion

frei befüllbarer, edler Sensor- Desinfektionsspender aus ABS-Kunststoff mit Wandhalterung & Befestigungsmaterial

- abschließbare Verschlussplatte
- mit Befestigungsmaterial
- abschließbar - zur Wandmontage oder Säulenmontage
- einstellbare Dosiermenge 0,3ml oder 0,6ml
- mit 1000ml Vorrattank zum Nachfüllen

Art.-Nr.	Tank Füllmenge	Preise €/Stück ab 1	BDS-Rabatt
1191000733	1000 ml	129,90	20%

ab Anfang Juni 2020 lieferbar

eine breite Auswahl und Top-Preise finden Sie auf www.redko.de



NICEPRICE
ab **299,90** €/St.



Abbildung mit Spender
Lieferumfang ohne Spender

BANIO EXO-Line Desinfektions-Spendersäule

komplett aus Edelstahl mit Kunststoff-Tropfschale und Desinfektionsanleitung für banio Exo-Line Sensorspender.

- stabiler Stand
 - modernes Design
 - bebilderte Anleitung zum Desinfizieren
 - Befestigungsmaterial für Spender wird mitgeliefert.
- Der Lieferumfang der Säule enthält keinen Spender

Art.-Nr.	ges. Höhe	Preise €/Stück ab 1	BDS-Rabatt
1191000734	1460 mm	299,90	20%

kurzfristig lieferbar

Tipps für die tägliche Betriebspraxis

Für das Gespräch mit Ihrem Steuerberater

Berücksichtigung der Auswirkungen des Coronavirus bei steuerlichen Maßnahmen

Durch das Coronavirus sind beträchtliche wirtschaftliche Schäden entstanden oder werden noch entstehen. Um unbillige Härten bei den Geschädigten durch steuerliche Maßnahmen zu vermeiden, wird ihnen bei Stundungs- und Vollstreckungsmaßnahmen sowie bei Vorauszahlungen für Steuern durch Anpassungen entgegengekommen.

Das Bundesfinanzministerium hat dazu Folgendes mitgeteilt:

- Nachweislich unmittelbar und nicht unerheblich betroffene Steuerpflichtige können bis zum 31. Dezember 2020 unter Darlegung ihrer Verhältnisse Anträge auf Stundung der bis zu diesem Zeitpunkt bereits fälligen oder fällig werdenden Steuern, die von den Landesfinanzbehörden im Auftrag des Bundes verwaltet werden, sowie Anträge auf Anpassung der Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer stellen. Diese Anträge sind nicht deshalb abzulehnen, weil die Steuerpflichtigen die entstandenen Schäden wertmäßig nicht im Einzelnen nachweisen können. Bei der Nachprüfung der Voraussetzungen für Stundungen sind keine strengen Anforderungen zu stellen. Auf die Erhebung von Stundungszinsen kann in der Regel verzichtet werden. Zu beachten ist: Steueransprüche gegen den Steuerschuldner können nicht gestundet werden, soweit ein Dritter (Entrichtungspflichtiger) die Steuer für Rechnung des Steuerschuldners zu entrichten, insbesondere einzubehalten und abzuführen hat. Die Stundung des Haftungsanspruchs gegen den Entrichtungspflichtigen ist ausgeschlossen, soweit er Steuerabzugsbeträge einbehalten oder Beträge, die eine Steuer enthalten, eingemommen hat.
- Anträge auf Stundung der nach dem 31. Dezember 2020 fälligen Steuern sowie Anträge auf Anpassung der Vorauszahlungen, die nur Zeiträume nach dem 31. Dezember 2020 betreffen, sind besonders zu begründen.
- Wird dem Finanzamt aufgrund Mitteilung des Vollstreckungsschuldners oder auf andere Weise bekannt, dass der Vollstreckungsschuldner unmittelbar und nicht unerheblich betroffen ist, soll bis zum 31. Dezember 2020 von Vollstreckungsmaßnahmen bei allen rückständigen oder bis zu diesem Zeitpunkt fällig werdenden Steuern im Sinne des ersten Punkts abgesehen werden. In den betreffenden Fällen sind die im Zeitraum ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Schreibens bis zum 31. Dezember 2020 verwirkten Säumniszuschläge für diese Steuern zum 31. Dezember 2020 zu erlassen. Die Finanzämter können den Erlass durch Allgemeinverfügung regeln.
- Für die mittelbar Betroffenen gelten die allgemeinen Grundsätze.

Energetische Sanierungskosten: Steuerermäßigung nur mit Bescheinigung

Wer eine selbst genutzte Immobilie von einem Fachbetrieb energetisch sanieren lässt, kann ab diesem Jahr eine Steuerförderung erhalten, wenn das Fachunternehmen eine entsprechende Bescheinigung ausstellt. Dafür muss ein „amtlicher Vordruck“ verwendet werden, den das Bundesfinanzministerium aktuell veröffentlicht hat.

Die Steuerermäßigung gilt für energetische Sanierungsmaßnahmen, mit denen nach dem 31. Dezember 2019 begonnen wurde. Pro Objekt beträgt die Steuerermäßigung 20 % der Aufwendungen, insgesamt maximal 40.000 Euro. Allerdings wird der Abzug von der Steuerschuld über drei Jahre verteilt. In dem Jahr, in dem die Baumaßnahme fertiggestellt wurde, sowie im folgenden Kalenderjahr können bis zu 7 % der Aufwendungen - höchstens jeweils 14.000 Euro - und im darauffolgenden Kalenderjahr 6 % der Aufwendungen - höchstens 12.000 Euro - steuermindernd geltend gemacht werden.

Corona-Krise: Herabsetzung des Gewerbesteuermessbetrages für Zwecke der Vorauszahlungen möglich

Die obersten Finanzbehörden der Länder haben gleichlautende Erlasse zu gewerbesteuerlichen Maßnahmen zur Berücksichtigung der Auswirkungen des Corona-virus veröffentlicht. Bei der Festsetzung des Gewerbesteuermessbetrages für Zwecke der Vorauszahlungen gilt Folgendes:

Das Finanzamt kann bei Kenntnis veränderter Verhältnisse hinsichtlich des Gewerbeertrags für den laufenden Erhebungszeitraum die Anpassung der Gewerbesteuer-Vorauszahlungen veranlassen. Das gilt insbesondere für die Fälle, in denen das Finanzamt Einkommensteuer- und Körperschaftsteuervorauszahlungen anpasst.

Nachweislich unmittelbar und nicht unerheblich betroffene Steuerpflichtige können bis zum 31. Dezember 2020 unter Darlegung ihrer Verhältnisse Anträge auf Herabsetzung des Gewerbesteuermessbetrages für Zwecke der Vorauszahlungen stellen. Diese Anträge sind nicht deshalb abzulehnen, weil die Steuerpflichtigen die entstandenen Schäden wertmäßig nicht im Einzelnen nachweisen können.

Wenn das Finanzamt eine Festsetzung des Gewerbesteuermessbetrags für Zwecke der Vorauszahlungen vornimmt, ist die betreffende Gemeinde hieran bei der Festsetzung ihrer Gewerbesteuer-Vorauszahlungen gebunden. Für etwaige Stundungs- und Erlassanträge gilt auch im Hinblick auf einen möglichen Zusammenhang mit Auswirkungen des Coronavirus, dass diese an die Gemeinden und nur dann an das zuständige Finanzamt zu richten sind, wenn die Festsetzung und Erhebung der Gewerbesteuer nicht den Gemeinden übertragen worden ist.



Foto: djd/Deutscher Heilstollenverband/Stadt Neubulach/J. Walter

Zum Angebot in den Heilstollen wie hier in Neubulach gehören auch spezielle Atemübungen

Zur Erholung unter Tage einfahren

Ein Gesundheitsurlaub mit Heilstollentherapie tut immer gut

Viele Menschen möchten im Urlaub etwas für die Gesundheit tun - egal ob mit Sport, einzelnen Behandlungen oder ganzheitlichen Kuren. Nicht nur der Kopf soll abschalten, auch der Körper soll wieder fit für den Alltag gemacht werden. Heilbäder und Kurorte finden sich für einen solchen Gesundheitsurlaub viele. Wer unter Problemen wie Asthma und anderen Atemwegserkrankungen leidet oder einfach in aller Ruhe entspannen möchte, ist in Urlaubsorten mit Heilstollen-Therapie richtig.

Reine Höhlenluft einatmen

Tief unten in alten Bergwerksstollen und Naturhöhlen, wo früher Kalisalz, Kohle, Gold oder Silber abgebaut wurden, liegt man heute bequem auf Liegestühlen und atmet die saubere, allergen- und staubarme Luft ein: warm eingepackt in Schlafsäcken, denn dort herrscht ganzjährig eine konstante Temperatur von etwa fünf Grad Celsius. Die Luftfeuchtigkeit liegt bei rund 98 Prozent. In der nahezu gesättigten Luft bilden sich natürliche Aerosole - kleinste Nebeltröpfchen, die wohltuend und kram-



Foto: djd/Deutscher Heilstollenverband/Tourismusbüro Pottenstein.

Die Teufelhöhle befindet sich mitten im Naturpark "Fränkische Schweiz - Veldensteiner Forst"

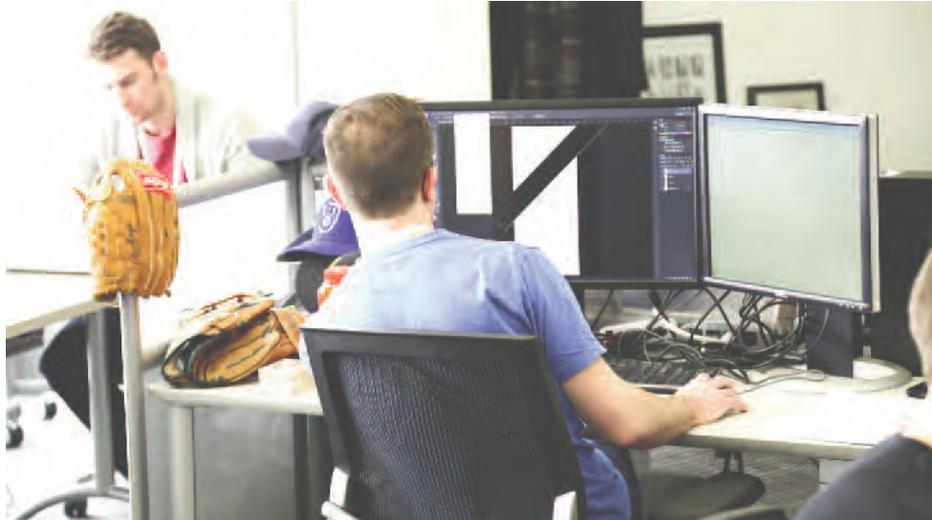
pflösend wirken. Auch Stressgeplagten tut eine solche Auszeit unter Tage gut. Dort können sie die Pausentaste ihres hektischen Alltags drücken - und ohne Handy und andere Störungen entspannen. Gerade bei Erschöpfungszuständen und Schlafproblemen soll sich die erlebbare Stille im

Heilstollen positiv auswirken. Angebote wie Klangschaalen-Meditation oder Atemübungen können dazu gebucht werden.

Eintauchen in die Natur

Zum Erholen gehört auch das Eintauchen in die Natur. Ob Bad Grund, die älteste der Oberharzer Bergstädte, Neubulach im nördlichen Schwarzwald, Aalen im Herzen Ostwürttembergs oder Bodenmais am Großen Arber: Die Therapieorte liegen landschaftlich reizvoll und locken mit Rad- und Wanderwegen durch Feld und Wald. Touren auf den heilklimatischen Wanderwegen sind die ideale Ergänzung zur Therapie in den Heilstollen. Auf Ausflügen können zahlreiche Sehenswürdigkeiten erkundet werden. Alle Heilbäder und Kurorte bieten zudem ein breites Spektrum an weiteren gesundheitsfördernden Angeboten. In Aalen ist zum Beispiel eine Physiotherapie im warmen Thermal-Mineralwasser der Limesthermen möglich. Unter www.deutscherheilstollenverband.de finden Interessierte eine Übersicht der Therapieorte sowie weitere Informationen. (djd) ■

Seit über 30 Jahren erfolgreich tätig!



Die Förderungsgesellschaft des BDS - DGV mbH ist im Auftrag des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle als Leitstelle tätig und prüft Anträge zur Bezuschussung von Unternehmensberatungen.

Unsere Gesellschaft wickelt zirka ein Drittel des gesamten Antragsvolumens ab.

Neutralität und Unabhängigkeit unserer Tätigkeit sowie die branchenübergreifende und bundesweite Zuständigkeit sichern ein umfassendes Know-how nicht nur bei der Antragsbearbeitung, sondern auch bei der Informationsgewährung. Qualifizierte Informationen zum Förderprogramm, Kundenorientierung sowie kurze Bearbeitungszeiten zeichnen unsere Tätigkeit aus.

Die Maßnahmen werden aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanziert.

Förderungsgesellschaft des BDS - DGV mbH für die gewerbliche Wirtschaft und Freie Berufe
 August-Bier-Str. 18 • 53129 Bonn
 Telefon: (02 28) 21 00 33 und 21 00 34, Telefax: (02 28) 21 18 24
 E-Mail: info@foerder-bds.de, Internet: www.foerder-bds.de

Gefördert durch:



Arbeitsgemeinschaft Freie Journalisten und Autoren im Bund der Selbständigen

Die Arbeitsgemeinschaft Freie Journalisten und Autoren
trauert um ihr Gründungsmitglied

Verleger Dr. Ingo Resch

Mit Dr. Ingo Resch verliert die Arbeitsgemeinschaft Freie Journalisten und Autoren einen weisen, ehrbaren und gradlinigen Menschen. Dabei haben sich drei Leitwerte wie ein roter Faden durch sein Leben gezogen: Ehre, Freiheit, Vaterland. Begriffe, die für Dr. Ingo Resch weder leer noch inaktuell waren.

Für ihn umfasste Ehre jenen Teil der Persönlichkeit, der nicht durch gesetzliche Normen des Staates, nicht durch die jeweiligen Regeln der Gesellschaft definiert ist. Ehre, als höchstpersönliche Eigenschaft, wurde bei ihm immer deutlich durch eine Haltung der Lauterkeit, des Mutes, der Gerechtigkeit und der Selbstlosigkeit. Freiheit hat Dr. Ingo Resch immer als Freiheit *zu* und nicht als Freiheit *von* verstanden: Freiheit zu dienen, Freiheit zu Disziplin und Ordnung in einer Gemeinschaft, Freiheit zur Entfaltung der Persönlichkeit und Freiheit in Verantwortung und Bindung für und an sein Vaterland. Er verkörperte somit ungebrochene Heimatverbundenheit und größtmögliche Unabhängigkeit – Unabhängigkeit vom Zeitgeist und Unabhängigkeit von politischen Opportunitäten sowie eingebettet in einen tief verwurzelten christlichen Glauben.

Dr. Ingo Resch pflegte von sich selbst zu sagen, er habe kein Sendungsbewusstsein, keine Ideologie, dafür stehe er mit beiden Beinen auf dem Fundament eines werteorientierten Konservatismus, der das Feuer, nicht die Asche bewahren will. Eine Philosophie, die er auch innerhalb unserer Organisation glaubhaft vorgelebt und umgesetzt hat.

Wir haben Dr. Ingo Resch sehr viel zu verdanken und werden ihn immer in unserer Erinnerung behalten.

Unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme gilt seiner verehrten Gattin, seinen Kindern und seinen Angehörigen.

Thomas Brüggmann
VM-Chefredakteur und Verleger

Joachim Schäfer
BDS-Hauptgeschäftsführer

santos[®]

Absicherung benötigt ?



Kein Ärger mit Versicherungen
Ihr persönlicher
Anwaltsservice

Bei unberechtigten Leistungsverweigerungen von Versicherungen schützen Sie spezialisierte Top-Anwälte. Es gelten dabei die allgemeinen Bedingungen des Anwaltsservice.



WWW.SANTOS.DE